

Pflege und Betreuung – ausserhäusliche wie auch häusliche – haben in den vergangenen Jahrzehnten immer mehr an Bedeutung gewonnen. Mit der Industrialisierung begann die Aufgabe für den Staat, sich um seine Bürger zu kümmern. Entstanden ist eine soziale Gerechtigkeit, für welche sich Liechtenstein besonders einsetzt.

«Angst muss niemand haben»



Für soziale Gerechtigkeit: Regierungsrat Hugo Quaderer (links) und Walter Kaufmann, Direktor der liechtensteinischen AHV/IV/FAK, sind sich einig, dass so bald als möglich Anpassungen an der AHV vorgenommen werden müssen, damit die Massnahmen in Zukunft greifen. Bilder Elma Velagic

Soziale Gerechtigkeit – sie zeichnet einen Sozialstaat wie Liechtenstein aus. Umso wichtiger, dem Änderungsbedarf bei der AHV nachzukommen und die Korrekturen so bald als möglich vorzunehmen, damit die Massnahmen rechtzeitig greifen.

Von Bettina Frick

Eine Gesellschaft ist nur dann stark, wenn sich der Staat auch für die schwachen Mitglieder einsetzt. Schwach sind jene Menschen, die Betreuung und Pflege benötigen. Unterstützt werden können diese Menschen durch die staatliche soziale Sicherheit – AHV, IV, Krankenkasse – sowie den Sozialschutz, beziehungsweise die wirtschaftliche Sozialhilfe des Amtes für Soziale Dienste.

Warum aber wurde ein Sozialstaat dieser Art aufgebaut? «Die Gründe lagen in der zunehmenden Industrialisierung», erklärte Walter Kaufmann, Direktor der liechtensteinischen AHV/IV/FAK, in seinem Impulsreferat zur Veranstaltungsreihe «Zeit für Liechtenstein», in der es gestern um den Sozialstaat ging. Früher, bis vor

zirka 150 Jahren, lebten die Menschen noch in engen Familienverbänden unter einem Dach. Die älteren, hilfsbedürftigen Menschen wurden zu Hause von den jüngeren gepflegt. Eine längerfristige ausserhäusliche Betreuung gab es nicht. Diese Möglichkeit musste erst eingeräumt werden, als es im Zuge der Industrialisierung immer mehr Menschen in Europa in die Städte zog und so die Familienverbände auseinandergerissen wurden. Wer nicht mehr für sich selbst sorgen konnte, wurde in Armenhäusern und Bürgerheimen aufgenommen. Und damit begann die Aufgabe für den Staat, sich der Entwicklung zu stellen und sich um seine Bürger zu kümmern – sei es mit den Möglichkeiten von ausserhäuslicher wie auch mit häuslicher Betreuung.

Kein Grund zur Beunruhigung

Die Unfallversicherung war die erste Sozialversicherung, die im Zuge der Industrialisierung entstanden ist. Es folgte die Krankenpflege, das Krankengeld, Taggeld, die Mutterschaftsversicherung sowie eine Versicherung bei Invalidität, als Witwe oder Witwer, bei Arbeitslosigkeit sowie verschiedenste Familienleistungen. Betreuung

und Pflege wurde im Zuge der Jahre immer wichtiger.

Eine Hauptaufgabe, nämlich die Existenzsicherung, erfüllt die AHV. Die Pflege wird von ihr nur zu einem geringen Teil finanziert. Deshalb ist für eine angemessene Lebensführung die zweite Säule beziehungsweise die betriebliche Vorsorge unumgänglich. Wie steht es denn aber um die Alters- und Hinterlassenenversicherung im Anbetracht der demografischen Entwicklung? «Gut», beruhigt Walter Kaufmann alle durch die Finanzkrise verängstigten Gemüter. Pro Jahr gebe die AHV rund 200 Millionen Franken für die Altersrente aus. Vergangenes Jahr habe die AHV noch über eine Reserve von zwölf Jahresausgaben verfügt. Ende dieses Jahres seien die Reserven nicht mehr ganz so gross – sie sind auf unter zehn Jahresausgaben geschrumpft. Dennoch sei dies kein Grund zur Beunruhigung: «Die Finanzlage der AHV wird sich wieder erholen», ist Walter Kaufmann überzeugt. «Angst muss bestimmt niemand haben», beruhigt er.

Korrekturen drängen

Walter Kaufmann ist überzeugt, dass es bei der AHV auch ohne Finanzkri-

se zu gegebener Zeit zu einem Änderungsbedarf kommt. «Wichtig ist, dass wir die Korrekturen so schnell als möglich machen.» Je später diese gemacht werden, umso schmerzvoller seien die Konsequenzen. Eines ist für Walter Kaufmann klar: «2030 müssen die Massnahmen wirken.»

Diese Meinung teilt auch Regierungsrat Hugo Quaderer. Deshalb wurde eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die im Frühjahr gezielt entscheiden soll, welche erste Etappe in Sachen AHV erreicht werden soll. «Die AHV langfristig finanziell zu sichern, ist eine grosse Herausforderung», sagte der Regierungsrat. Eine Chance sehe er allerdings darin, dass nicht in einer Hektik gehandelt werden muss, weil die Massnahmen erst in ein paar Jahren greifen müssen. Angst um seine Pension muss in Liechtenstein derzeit also noch niemand haben.

Ist es das was den Sozialstaat Liechtenstein auszeichnet? «Nicht nur – wir sind in einer exzellenten Lage und haben das höchste pro Kopf-Einkommen», sagte Hugo Quaderer. Eigene Armut kenne Liechtenstein nicht. Obwohl es Menschen in gewissen Segmenten gebe, die in ih-

rer Existenz bedroht sind. So zum Beispiel Alleinerziehende oder Rentner. Deshalb müsse in der Sozialpolitik auch die Familienpolitik einfließen, sodass beispielsweise Alleinerziehende die Möglichkeit haben, Erziehung und Arbeit unter einen Hut zu bringen, so der Regierungsrat.

Auf dem richtigen Weg

«Die Sozialleistungen sind treffsicher. Die Politik der vergangenen Jahre befindet sich demzufolge auf dem richtigen Weg», freute sich Hugo Quaderer. Auch gemäss der Sozialstudie hätten die Bürgerinnen und Bürger Vertrauen in das Sozialsystem. «Wir müssen uns weiterhin für den sozialen Frieden und die Gerechtigkeit einsetzen.» Dennoch werde die derzeit negative internationale Entwicklung an Liechtenstein nicht spurlos vorbeigehen. Mit Kurzarbeit sowie der steigenden Arbeitslosenquote kämen bereits die ersten Anzeichen zu tragen. Dennoch blickt Hugo Quaderer optimistisch in die Zukunft und glaubt an eine «Gesundschumpfung». Den Kopf in den Sand stecken sei mit Sicherheit der falsche Weg.



VU-Abgeordneter Henrik Caduff, VU-Vizepräsident Ossi Oehri und die VU-Abgeordnete Marlies Amann-Marxer (v. l.).



Marion Kindle, Koordinationsverantwortliche für politische Themen, Rita Hasler und Ursi Biedermann (v. l.).



Emma Brogle, stellvertretende Regierungsrätin Renate Müssner, der VU-Abgeordnete Jürgen Beck und Walter Schädler (v. l.).



Der Schellenberger VU-Landtagskandidat Peter Büchel und Franz-Josef Beck, Vizepräsident des LKW-Verwaltungsrats (v. l.).



AHV/IV/FAK-Direktor Walter Kaufmann, Christian Ritter und der Triesner VU-Landtagskandidat Thomas Vogt (v. l.).



Der Vaduzer VU-Landtagskandidat René B. Ott und Remo Vogt, Heimleiter des Sozialzentrums St. Florin (v. l.).